Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

11.2.1874 (No. 35)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 35. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Mittwoch, 11. Februar | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 7. Febr. (2. Kammer.) Da unser Redacteur an diesem Tage in der ersten Kammer zu referiren hatte, so folgt der Bericht über diese Sitzung nach der „Neuen Bad. Landeszeitung" mit Ausnahme der Ausführungen des Abg. Hennig, die uns direct zugegangen sind.

Abg. Bär will zu der gestern erfolgten Anregung, in Bezug auf die wegen des Altkatholikengesetzes eingekommenen Petitionen bemerken: daß die betreffende Commission ihre Arbeiten so weit gefördert habe, um Bericht über das Gesetz erstatten zu können. Sie habe dies jedoch in Folge der Mittheilung unterlassen, daß die erste Kammer vor der bevorstehenden Vertagung des Landtags doch nicht mehr in der Lage wäre, den Gesetzentwurf ebenfalls zu berathen. Er will dies zur Beruhigung der Altkatholiken hier constatiren.

Berathung des Berichts der Budgetcommission über das ordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung.

Allgemeine Discussion.

Abg. Bürklin bespricht die schlechte Rentabilität der Tauberthalbahn und führt aus, daß nur durch Fortsetzung der Bahn von Wertheim nach Lohr dieser Mißstand beseitigt werden könne.

Abg. v. Feder schließt sich diesem Wunsche an und erklärt es für eine Aufgabe der Regierung, die bayerische Regierung zu veranlassen, die vertragsmäßige Frist zur Herstellung der Linie Wertheim-Lohr abzukürzen. Im Uebrigen habe man sich zunächst mit der Hauptbahn und nicht mit den Seitenbahnen zu befassen. Er sei erfreut, constatiren zu können, daß die Klagen über Verspätung der Eisenbahnzüge, sowie die Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr mehr und mehr zu verstummen beginnen. Ebenso sei es — unberufen — erfreulich, daß Eisenbahnunfälle seltener geworden seien. Trotzdem existirten noch eine Reihe von Wünschen und Begehren, die bei der Specialdiscussion zu prüfen seien. Wenn er als Vertreter der Handelsstadt Mannheim dieselben geltend mache, so müsse er betonen, daß solches nicht im localen Interesse dieser Stadt geschehe. Mannheim bilde das Thor des badischen Handels. Wenn der Handel und Verkehr in Mannheim blühe, sei er auch im Lande belebt. Stocke der Handel in Mannheim, so sei dies auch im Lande der Fall. Bei dieser anerkannten Wechselwirkung müsse es einleuchten, daß das Interesse Mannheims mit dem des Landes identisch sei. Nur ein Punkt müsse bei der allgemeinen Discussion erwähnt werden. Derselbe beziehe sich auf eine vielfach verbreitete Meinung, als sei die Eisenbahnstation Mannheim im Verkehr nicht als Hauptstation betrachtet und man leite Mangel im Personen- und Waarenverkehr davon ab. Mit Rücksicht darauf habe wohl die Commission S. 20 des Berichtes den Wunsch ausgesprochen, daß ein Oberbetriebsinspector in Mannheim seinen Sitz nehmen soll. Redner kann diesen Wunsch der Commission bei der Bedeutung des Handelsplatzes Mannheim auf das Lebhafteste unterstützen.

Handels Min. Turban will darauf aufmerksam machen, daß das im Commissionsberichte enthaltene Verzeichniß über die Betriebsergebnisse einzelner Bahnstrecken nicht mathematisch richtig sei, sondern nur auf annähernder Schätzung beruhe. — Die Regierung theile den vom Abg. Bürklin ausgesprochenen Wunsch. Bezüglich der vom Abg. v. Feder ausgesprochenen Wünsche schließe er sich ebenfalls denselben und dem Wunsche der Commission an. Auch die Regierung sei der Ansicht, daß ein Oberbetriebsinspector seinen Wohnsitz in Mannheim erhalten solle, es lasse sich dies jedoch zur Zeit nicht zur Ausführung bringen, da es an Wohnungsräumen fehle. Sobald aber der Bahnhofbau fertig gestellt sei, werde das Erwünschte eintreten.

Hennig schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Bürklin an; es sei im Interesse der Tauberthalbahn und namentlich im Interesse der Stadt Wertheim ein Gebot der Nothwendigkeit, daß die Bahn Wertheim-Lohr gebaut werde. Wer mit den Verhältnissen bekannt sei, dem müsse auf den ersten Blick klar sein, daß sich die Tauberthalbahn jetzt nicht rentiren könne; es sei Sackbahn zwischen Mergentheim-Wertheim; Wertheim Schlußstation. Da sei ein Verkehr von größerem Umfang unmöglich. Eine Rentabilität sei erst möglich durch Ausbau der Strecke Wertheim-Lohr, erst dadurch trete diese Bahn in den großen Verkehr. Sehr zu wünschen sei dieser Bahnbau im Interesse der Stadt Wertheim. Diese Stadt habe durch Erbauung der Spessartbahn und dann durch die Erfthalstraße viel am Verkehr eingebüßt. Es sei darum sehr zu wünschen, daß dieser Stadt ein Ersatz werde durch die baldige Erbauung der Strecke Wertheim-Lohr. Er danke der großh. Regierung für ihre diesbezüglichen Bemühungen, und wünsche das Gelingen um so mehr, als diese Bahn nicht nur im Interesse der Stadt Wertheim und Umgegend, nicht bloß im Interesse der Tauberthalbahn, sondern auch des großen Verkehrs sei. (Forts. folgt.)

* **Karlsruhe**, 9. Febr. (Sitzung der 2. Kammer.) Nach Mittheilung verschiedener Petitionen erfolgt zunächst der mündliche Bericht der Budgetcommission über die nachträgliche Forderung der großh. Regierung zum ordentlichen Budget des Staatsministeriums und Berathung darüber, erstattet von dem Abg. Friderich. Es wird darin die Summe von 36,000 fl. für die Erhöhung der Angestellten der großh. Hofverwaltung in Anspruch genommen. Der Berichterstatter führt aus, daß ein Beitrag der Staatskasse hier nothwendig, also nicht allein auf die Civilliste zu übernehmen sei. Ferner wird für den Archivar der 1. wie der 2. Kammer Gehaltserhöhung verlangt. Für erstere Anforderung wird Annahme empfohlen; was den Archivar der 2. Kammer betrifft, so wird nicht Gehaltserhöhung, sondern nur ein Functionsgehalt beschlossen.

Edelmann kann für die Bewilligung nicht stimmen; es sei zwar gesagt worden, diese Bewilligung sei nicht präjudicirlich für die Domänenfrage, aber davon könne er sich nicht überzeugen. Die Hofverwaltung habe die Mittel zur Aufbesserung; es seien Lasten derselben von der Staatskasse im vorigen Jahre mit 25,000 fl. vom Staat übernommen worden; auch sei noch das Erträgniß von Domänenwaldungen höher geworden. Schließlich fürchte er ein Deficit für das Jahr 1875 nach den Matricularbeiträgen, die sich höher gestalten würden, als die Budgetcommission angenommen habe; in Folge dessen werde eine Steuererhöhung unvermeidlich werden und da könne er um so weniger für diese Anforderung stimmen.

Berichterstatter Friderich theilt die Befürchtungen Edelmann's nicht, die auch durch Thatsachen nicht belegt seien, sondern nur auf subjectiver Auffassung beruhten. Es handle sich hier nur um eine Ausgleichung, nicht um eine Erhöhung der Civilliste.

Die Anträge der Budgetcommission werden mit sehr großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht des Abg. Sartori über die in den Jahren 1874 und 1875 aus dem Domänengrundstock zu machenden Ausgaben.

Gebäude für die vereinigten Sammlungen.

v. Feder beklagt sich über den langsamen Fortgang der Bauarbeiten. Die Einrichtung der Bibliothek halte er für eine sehr practische, wie man sie selten finde. Er hoffe, daß die Schätze derselben mehr dem Publicum zugänglich gemacht würden als bisher.

Von der Regierungsbank wird die Verzögerung der Arbeiten des Gebäudes durch den Krieg und die Privatbauthätigkeit in Karlsruhe entschuldigt.

v. Feder: Man solle belebend auf den Fortgang Seitens der Regierung einwirken.

Hufschmidt: Der Bau komme ihm vor wie das Hochzeitskleid der Penelope, das Nachts wieder aufgetrennt wurde. (Lachen.) Das Gebäude sei ein Wahrzeichen der Stadt Karlsruhe geworden. Der Bau sei noch außerordentlich im Rückstand, auch sei zu wünschen, daß es jetzt endlich mit den Nachforderungen ein Ende nehme.

Friderich hält die Sache nicht für so bedenklich wie der Vorredner und theilt dessen Tadel nicht.

Nachdem noch Lauter sich in Uebereinstimmung mit Friderich gegen die Errichtung eines Geländers ausgesprochen und bei Oeffnung des Gartens nach allen Seiten hin befürwortet hatte, wird die Position genehmigt.

Ueber die Herstellung eines Canals zur Verbindung von Neckar und Rhein in Mannheim entspinnt sich eine kurze Discussion zwischen v. Feder, Friderich, Berichterstatter Sartori und der Regierungsbank.

Schließlich wird die im Berichte beantragte Gesammtsumme einstimmig genehmigt.

Es folgen Petitionsberichte und zwar zunächst über die Bitte mehrerer Wittwen von Officieren um Erhöhung ihres Wittwengehaltes, erstattet vom Abg. Bengel. Das Petitum ist hauptsächlich motivirt mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebensmittel und die Aufbesserung aller anderen Pensionäre aus dem angegebenen Grund. Es seien Fonds von mehreren Millionen da zu solchen militärischen Zwecken (Militärwittwenkasse), zu deren theilweiser Verwendung hiefür die Petentinnen berechtigt seien. Die Commission constatirt, daß die Zinsen jener Kasse nicht ausreichten, um ihren Zweck zu erfüllen und deßhalb aus der Staatskasse jährlich 15,000 fl. Zuschüsse geleistet würden; den Grundstock anzugreifen sei aber nur mittelst eines besonderen Gesetzes gestattet. Die Commission stellt den Antrag, die Petition dem Staatsministerium zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Bengel berichtet ferner über die Bitte mehrerer pensionirten Diener, die Aufbesserung ihrer Pensionen betr. Da inzwischen die Erhöhung der Pensionen von beiden Kammern angenommen worden, also dem Wunsche der Petenten entsprochen ist, wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt und beschlossen, sowie über eine weitere Petition, deren Rubrum uns unverständlich geblieben ist.

Bürklin berichtet über eine Petition der Gemeinde Michelbach um Unterstützung des Staates zu einer durch Wolkenbruch geschädigten Straße. Die Commission ist getheilter Ansicht: die Majorität beantragt „zur Kenntnißnahme", die Minorität „empfehlende Ueberweisung".

Bickel gehört zur Minorität und empfiehlt den Antrag der letzteren im Hinblick auf die große Armuth der Gemeinde.

Der Antrag der Mehrheit der Commission wird angenommen.

Mays berichtet über die Bitte des Chirurgen Pfaff in Haslach um Entschädigung aus der Staatskasse wegen Beschädigung seiner Wiese durch Kinzigarbeiten.

Antrag: Tagesordnung; die Commission spricht aber ihr Bedauern aus, daß die großh. Regierung nicht früher einen Vergleich herbeigeführt habe.

Hansjakob bittet, dem alten Mann von fast 80 Jahren eine kleine Entschädigung zu gewähren, da er ganz mittellos sei und der Gemeinde zur Last fallen werde. Aus Mittellosigkeit könne er eine Civilklage nicht anstellen.

Handelsministerialpräsident Turban erklärt sich mit der Tagesordnung einverstanden, verwahrt sich aber gegen den beigefügten Tadel der Commission, da die Regierung durchaus nicht zu einer Entschädigung verpflichtet sei, indem die Beschädigung des Grundstücks des Petenten lediglich durch ein Naturereigniß erfolgt sei; ohnehin handle es sich hier um eine Verjährung von 30 Jahren. Redner weist die Unbegründetheit der Forderung des Petenten nach.

v. Feder: Die beigefügte Bemerkung der Commission habe gar keine Bedeutung, da man hier keinen Gerichtshof vor sich habe; er halte es für correct, die betr. Bemerkung fallen zu lassen.

Berichterstatter Mays: Man habe nur dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

alten Manne gegenüber einige Rücksicht nehmen wollen, da immerhin an der Sache etwas sei; einen Tadel gegen die Regiernng habe man nicht im Sinne gehabt.

Tagesordnung angenommen.

Bürklin berichtet über die Bitte der Gemeinde Eschelbronn um Errichtung einer Haltstelle. Die Commission empfiehlt die Petition „zur Kenntnißnahme", — was angenommen wird.

Derselbe Abgeordnete berichtet über die Bitte der Gemeinde Berghausen um Gewährung einer Haltstelle an der Durlach Eppinger Bahn. Antrag „zur Kenntnißnahme", mit andern Worten man wünscht die Prüfung der Sachlage durch Techniker.

Friderich nimmt sich mit Hinweis auf den bedeutenden Verkehr von Berghausen und den benachbarten Gemeinden der Petenten an.

Handelsministerialpräsident Turban gibt nur geringe Hoffnung für die Realisirung der Wünsche der Petenten im Hinblick auf die große Steigung der Bahn bei Berghausen.

Antrag angenommen.

Schoch berichtet über eine Petition mehrerer Müller von Neuenburg u. a. O. um Errichtung eines im allgemeinen Interesse liegenden Canals für ihren Gewerbebetrieb. Die Commission beantragt „Kenntnißnahme."

Sartori nimmt sich der Petenten an.

Marbe: Die Rheincorrection habe ohne jeden Zweifel einen Wassermangel für die betr. Mühlen zur Folge gehabt, wie er sich selbst überzeugt habe. Er bitte um sorfältige Prüfung der Sache durch die Regierung. Auch Heidenreich schließt sich dieser Bitte zu Gunsten der Petenten an. Eine rechtliche Entschädigung der Letzteren sei durchaus begründet.

Handelsministerialpräsident Turban: Es seien Unterhandlungen über diese Sache im Gang, um die Entschädigung der Petenten herbeizuführen. Der vorgeschlagene Canal werde aber 600,000 fl. kosten (Zeichen des Staunens!) und das werde also wohl unthunlich sein.

Antrag der Commission angenommen.

Schmidt v. C. berichtet über die Bitte des Dr. Julius Haag in Neuenheim bei Heidelberg, wegen angeblicher Beschädigung verfassungsmäßiger Rechte. Es wurde nämlich ein Leinpfad auf einem Stück des Wiesengeländes des Petenten oberhalb der Neckarbrücke von der Wasser- und Straßenbaudirektion angelegt, was den Gegenstand der Beschwerde des Petenten bildet. Aus formellen wie materiellen Gründen trägt die Commission auf Tagesordnung an, die ohne Discussion angenommen wird.

Der Präsident erklärt Namens der Petitionscommission die Petition einer Frauensperson aus Engen für zu confus, um darüber berichten zu können; die Bitte wird daher ad acta gelegt.

Schließlich theilt der Präsident mit, daß bei täglich abzuhaltenden Sitzungen und bei gleichem Schritthalten der ersten Kammer es möglich sein werde, am Samstag den 14. d. M. die Vertagung des Landtages aussprechen zu können.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Febr. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 4 enthält Bekanntmachungen 1) des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: den Vertrag mit der Schweiz wegen der Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen bei Singen und Constanz betreffend. 2) Des Handelsministeriums: den Bau einer Eisenbahn Winterthur-Singen-Kreuzlingen-Constanz betreffend.

* **Karlsruhe**, 9. Febr. Unsere Leser werden aus der Kammerverhandlung über die Fortbildungsschulen sowie aus den Aenderungen des Schulgesetzes überhaupt unschwer erkennen, welch' große Lasten damit Eltern und Gemeinden von neuem auferlegt werden. Wem darüber die Augen noch nicht aufgegangen sein sollten, den kann die treffliche Rede des Abg. Förderer gründlich sehend machen. Die diesmalige schulmeisterliche Thätigkeit unserer Kammer ist bedeutend über's Ziel hinausgeschossen und der Staatsminister hat wohl erkannt, wie viel Unzufriedenheit in den Gemeinden dadurch entstehen wird; diese Pille, dem Volke gereicht, wird bei künftigen Wahlen besser wirken, als hundert der aufregendsten Agitationsreden, — darüber kann kein Zweifel für den sein, der einigermaßen Fühlung mit dem Volke draußen hat und die Dinge nicht blos vom grünen Tische aus zu paragraphiren versteht. Eine der erheiterndsten Episoden des diesmaligen Kammerlebens bildete gelegentlich der Fortbildungsschuldebatte die arg verunglückte Rede des Abg. Schmidt v. C., der gefolgt von einem heiteren Lachen des gesammten Hauses die Freiheit als die Tochter des Zwanges construirte und als Beweis dafür einen kleinen Knaben sagen ließ, er gehe gerne in die Schule, weil er sonst gestraft werde!! Nach diesem Dictum, dessen inhaltschwerer Unsinn dem Redner erst durch die Heiterkeit des Hauses klar wurde, fühlte sich Herr Schmidt dermaßen verwirrt, daß ihm diesmal der sonst übliche Erguß seiner Liebenswürdigkeiten gegen die Ultramontanen nicht mehr zu Gebote stand, obgleich das Studium der Rede Tags zuvor auf dem Wege nach Beiertheim gewiß in sorgfältigster Weise vor sich gegangen war.

* **Karlsruhe**, 9. Febr. Als uns neulich ein Telegramm aus Straßburg zugekommen war, wornach „unsere Candidaten" in ganz Elsaß-Lothringen bei den Wahlen obgesiegt hätten, ließen wir uns nicht im Entferntesten träumen, daß daraus ein reichsfeindliches Verbrechen gegen uns aufgebauscht würde. Da das Telegramm aus Straßburg lautete, so war ja doch schon damit gesagt, nicht daß etwa die katholische Volkspartei aus Baden einen Sieg erfochten hätte, sondern die Partei des Telegraphirenden, also die elsaß-lothringer Landespartei, wie hier der richtig bezeichnende Ausdruck sein dürfte. So klar nun auch die Thatsache sein mochte, daß es sich hier nicht um die Partei des Empfängers, sondern um die des Auftraggebers des Telegramms handelte, so hatte gleichwohl ein Freund und Correspondent unseres Blattes geglaubt, im Hinblick auf die unerhörte Bosheit und Bornirtheit unserer Gegner mit einer ausdrücklichen Verwahrung gegen eine Identificirung unserer Partei in Baden mit der Landespartei in den Reichslanden von vorneherein allen böswilligen Unterstellungen die Spitze abbrechen zu sollen. Trotzdem erdreisten sich einige Amtsverkündiger, unter welchen, wie wir hören, auch der bezügliche Heidelberger Moniteur mit den ihm geläufigen Schimpfübungen, den Bad. Beobachter der Reichsfeindschaft zu denunciren. Wir haben unserem Parteigenossen den Gefallen gethan, seinen abwehrenden Artikel aufzunehmen, obgleich wir überzeugt waren, daß derartige Verwahrungen niemals etwas nützen, wenn es sich darum handeln soll, sich gegen die Gehässigkeiten von politischen Fanatikern oder Leuten, die sich durch affectirte wuthschäumende Gesinnungstüchtigkeit einen rothen Rock verdienen wollen, sicher zu stellen. Das Urtheil dieser Sorte von Presse mißachtend, ist sich der Bad. Beobachter mit Ruhe bewußt, daß er noch keine Zeile veröffentlicht hat, welche die dem Reiche schuldige Achtung hintangesetzt hätte und ist ihm auch das Gegentheil noch von Niemanden nachgewiesen worden. Ohne solchen Nachweis aber haben die Beschimpfungen der Vaterlands- und Reichsfeindlichkeit lediglich den Charakter denunciatorischer Verläumdungen Seitens jenes nationalservilen Schnüffelhyänenthums, das in seiner Kleinlichkeit mehr ein Gefühl des Beileids als der Entrüstung hervorzurufen vermag.

⊙ **Aus dem Amtsbezirk Bonndorf.** Weil in Sachen der Altkatholiken die Gemeinde Gündelwangen schon in verschiedenen Zeitungen mehrfach genannt wurde, hat sich hiedurch, wie es scheint, nach auswärts die Meinung verbreitet, als ob auch diese Gemeinde mit dem Altkatholicismus behaftet sei. Diese Meinung bedarf der Berichtigung, denn es ist nicht so. Es haben zwar einige Mitglieder des Gemeinderaths nebst dem Schullehrer (Rathschreiber) die bekannte Altkatholikenadresse an die zweite Kammer unterschrieben, die übrigen Einwohner haben sich aber hieran nicht betheiligt, vielmehr beim Bekanntwerden dieses Vorgangs veranlaßt gefunden, an die zweite Kammer die gegentheilige Erklärung abgehen zu lassen, daß die eingereichte Adresse des Gemeinderaths den Ausdruck ihrer Gesinnung nicht repräsentire und der Gemeinderath, der sich wohl bei dieser Gelegenheit die Ueberzeugung sehr genau verschaffen konnte, daß die Angelegenheiten der Altkatholiken mit den Wünschen und Ansichten der Einwohner in G. nicht conform seien, hat seine Adresse sofort wieder annullirt.

Dieses etwa ist in G. der objektive Sachverhalt in diesem Betreff und das Resultat einer Zählung wird confessionell dem schon dagewesenen wieder ziemlich gleichkommen, nämlich: 1. katholisch 400, 2. evangelisch 1, 3. altkatholisch (gezählt wie gewogen) etwa wie Nr. 2.

Freiburg. Wir theilen unsern Lesern mit, daß letzten Samstag von Großh. Oberhofgericht die von uns gegen das Urtheil des hiesigen Schwurgerichtshofes vom 20. December eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde verworfen wurde. Es bleibt also bei jenem Urtheil, welches auf zehnwöchentliche Gefängnißstrafe wegen Beleidigung des Schwurgerichtshofes und des Staatsanwaltes in Constanz erkannte. Der incriminirte Artikel, welcher dem Urtheil zu Grunde liegt, befand [illegible] unseres Blattes, und bezog sich auf die Verurtheilung des Herausgebers der „Freien Stimme am See" durch den Schwurgerichtshof in Constanz. — Unsere Vertheidigung vor Gr. Oberhofgericht führte Hr. Anwalt Dr. Kah in Mannheim. — Die Staatsbehörde war vertreten durch den Großh. Staatsanwalt v. Neubronn. (Frbg. B.)

Stuttgart, 9. Febr. David Friedrich Strauß ist gestern in Ludwigshafen gestorben.

Frankfurt, 6. Febr. In dem am 30. v. M. gegen den Herausgeber der „Frankfurter Zeitung" und Reichstagsabgeordneten Sonnemann in der Berufungsinstanz verhandelten Processe wegen Verleumdung der obersten Staatsbehörde resp. des Ministers des Innern, begangen durch den in Nr. 208 der „Frankf. Ztg." vom 27. Juli v. J. enthaltenen Artikel: „Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen", ist das auf heute vertagte Erkenntniß des hiesigen Appellationsgerichts soeben publicirt worden. Durch dasselbe wird der Angeklagte der Verleumdung schuldig erklärt und mit Rücksicht auf mehrere wegen des nämlichen Vergehens bereits von ihm verwirkte Vorstrafen zu einer zweimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt.

Frankfurt, 7. Febr. Das preußische Abgeordnetenhaus ist gestern mit dem Etat fertig geworden. Wenn die Officiösen immer wieder die Klage erheben, daß das Haus die Budget-Debatte benutzte, um über „alle Dinge und noch etliches Andere" zu reden und allenfalls Resolutionen zu fassen, so vergessen sie, daß in Ermangelung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister und Beamten die Volksvertretung nur beim Budget Gelegenheit finden kann, Klagen und Beschwerden einen gewissen Nachdruck durch Streichung von Etatspositionen zu geben. An Klagen und Beschwerden hat es auch heuer nicht gefehlt, die einzelnen Versuche aber, Positionen, welche den Anlaß zu denselben gegeben haben, zu streichen, sind gescheitert. Das Land wird dem Abg. Richter Dank wissen für das Licht, mit dem er in der geheimen Fonds- und Reptilienkasse Dunkel hineingeleuchtet hat, das Ministerium aber mag bei Hrn. Lasker, der „keinen Mißbrauch sieht", für das Vertrauensvotum der Bewilligung von Geldern, die so stark duften, bestens bedanken. Nach dem Etat wird das Haus jetzt noch die neueste Serie der Kirche zu erledigen haben. Die Regierung hat es eilig damit und perhorrescirt die Commissionsberathung, die Majorität aber für die moderne Durchpeitschung von Gesetzen mit den obligaten Schlußanträgen schrumpft bereits bedenklich zusammen. Am Donnerstag gerieth sogar das rechte Vordertreffen des nationalen Culturliberalismus ins Wanken und mit nur 13 Stimmen siegte die Regierung.

Allerlei schlimme Omina begleiten die ersten Lebensstunden des Reichstages. Fürst Bismarck geht aus dem weißen Saal ohne die Eröffnungsformel verkündet zu haben und muß dieses unter wenig respektvollem Lachen der Anwesenden nachholen, der „Reichsfeind" Windthorst erhält in der ersten Sitzung in einer Frage des geschäftlichen Anstandes die Majorität und zuletzt noch die heikle Frage: Wer will und soll Präsident werden? Zwei Vertrauensmänner gehen als Kundschafter nach Frankfurt a. O., um zu erfahren, ob Simson im Krankenzimmer oder im Schmollwinkel sitzt, von Max von Forckenbeck aber, der ein Retter werden soll in diesem Reichstag, ist noch nicht Zusage oder nur Kunde gekommen. Auf den Montag, der dieses Chaos lösen soll, darf man gespannt sein. (Frkf. Ztg.)

Berlin, 6. Febr. An Andeutungen über die Dispositionen der Reichsregierung hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Auslande hat die gestrige Eröffnungsrede es nicht fehlen lassen, und obgleich diese Andeutungen mit dem Princip der Nichtintervention nicht recht harmoniren, sehen wir doch, daß sie sich des vollen Beifalls aller Liberalen erfreuen. Darüber kann man sich freilich nicht wundern, weil die Anspielung auf die „Parteibestrebungen" überall richtig verstanden worden ist. Ob der vorgeschrittene Liberalismus nun auch den Muth haben wird, der Reichsregierung die Mittel zur Durchführung ihrer weittragenden Pläne zu bewilligen, bleibt abzuwarten. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, weil er sich gegenüber seinen Wählern zu sehr engagirt hat, und auch Fürst Bismarck hat in dieser Beziehung kein volles Vertrauen. Er befand sich gestern bei Eröffnung des Reichstages in einer sichtbar erregten Stimmung, und seine ganze Erscheinung gewährte das Bild eines von schweren Nervenleiden heimgesuchten Mannes. Selbst ein Berichterstatter der „Spen. Ztg." schreibt darüber: „Leider schien auch der Reichskanzler in nicht geringem Grade leidend zu sein. Sowohl die Farbe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

als [illegible] s Gesichtes trugen den Ster[illegible] wohlseins. In nervöser Weise drehte sich in der Hand der stählerne Helm. Ja, sogar der breiten Brust schien der Vortrag der verhältnißmäßig kurzen Rede Mühe zu machen. Der Kanzler beeilte sich deßhalb sichtlich mit derselben, ohne mit besonderem Nachdruck irgend eine Stelle hervorzuheben." Als ein weiterer Beweis für seinen Zustand wird angeführt, daß der Reichskanzler nach dem Schluß der Eröffnungsrede vergessen hatte, den Reichstag für eröffnet zu erklären, so daß es einige Heiterkeit erregte, als er noch ein Mal vortrat, um das Versäumte nachzuholen. (K. V. Z.)

Berlin, 6. Febr. „Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend immer Böses muß gebären", mit diesen Worten begann der Abgeordnete Peter Reichensperger gestern im Abgeordnetenhause seine Rede gegen das erste der neuen Kirchengesetze, welches eine Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen enthält. Schon dieser Anfang gefiel der Majorität nicht, noch weniger aber die einschneidenden Sätze, welche der erste Redner des Centrums daran anreihte. Deßhalb suchte die auf ihre Zahl pochende Majorität ihn durch lauten Lärm zu übertönen, vielleicht um den zahlreich auf den Tribünen anwesenden Reichstagsmitgliedern zu zeigen, wie der preußische Liberalismus die Gründe der Minorität zu widerlegen versteht. Allein der alte Parlamentarier Peter Reichensperger ist nicht der Mann, welcher sich durch unarticulirte Laute von Neulingen aus der Fassung bringen läßt; er verwies daher der Majorität in scharfem Tone ihr unqualificirbares Benehmen, so daß diese einen Ruf zur Ordnung zu provociren suchte. In der That glaubte der Präsident des Hauses den Abgeordneten Reichensperger darauf aufmerksam machen zu müssen, daß seine Sprache zu leidenschaftlich werde, allein derselbe verwies geschickt auf das vom Präsidenten noch nicht gerügte Gebahren der Majorität, welche durch ihren Widerspruch und ihre lauten Unterbrechungen aufgeregte Aeußerungen hervorrufe. Durch diesen Zwischenfall hatte die Majorität einsehen gelernt, daß ihre Taktik unrichtig sei, und sie hörte von nun an schweigend die Worte Reichensperger's an. Der Redner entwickelte die Geschichte des preußischen Kirchenconflictes seit dem Amtsantritte des Cultusministers Dr. Falk, welcher sich als Jurist introducirt habe, aber gleich bei seiner ersten juristischen Leistung auf den Widerspruch der Majorität gestoßen sei, indem er die Maigesetze ohne Aenderung der Verfassung durchbringen zu können geglaubt habe. Darauf sei die Majorität zu der odiosen That der Verfassungsänderung geschritten, und habe so das Fundament der Einigkeit unter den preußischen Staatsbürgern zerstört und Gesetze geschaffen, welche die katholische Minorität als zur Verfolgung der katholischen Kirche bestimmt bezeichnet habe. Wenn die Katholiken diese Maßnahmen der Regierung und der Majorität mit christlicher Ergebung ertragen und sich auf den passiven Widerstand beschränkt hätten, so müsse man diese Haltung des katholischen Volkes bewundern. Darauf führte der Redner aus der Geschichte Beispiele an, wie Andere ähnliche Lagen beurtheilt hätten. Luther habe gesagt: Hier steh' ich, ich kann nicht anders, und habe darauf mit seinen Gesinnungsgenossen activen Widerstand geleistet. Auch der Staatsrechtslehrer Stahl habe eine Grenze des Gehorsams angenommen. Der Name dieses bekanntlich äußerst gouvernementalen Mannes behagte der Majorität nicht, so daß Reichensperger an die Zeiten Jakob's II. von England erinnerte, wo man eine der jetzigen Liberalen Majorität sympathische, alle Menschenwürde mit Füßen tretende Anschauung von dem den Gesetzen schuldigen Gehorsam finde, welche die blutigsten Revolutionen im Gefolge gehabt habe. Die Majorität glaubte diese Bemerkung zu verstehen und begann wieder gegen den revolutionären Ober-Tribunals-Rath zu lärmen; aber derselbe führte auch noch als Autoritäten den liberalen Bluntschli und den evangelischen Oberkirchenrath in's Feld, um darzuthun, daß das Verfahren der Katholiken den Maigesetzen gegenüber berechtigt sei. Darauf ging der Redner dazu über, die bisherigen Folgen der Maigesetze zu charakterisiren. Als er bei Berathung der Mai-Gesetzentwürfe in Aussicht gestellt habe, daß man alle Bischöfe würde auf die Festung bringen müssen, habe der Cultusminister staunend die Hände zusammengeschlagen und das für unmöglich angesehen. Jetzt sei bereits ein Bischof im Gefängniß, und man sorge schon durch einen Gesetzentwurf für den Fall, daß auch die andern würden auf die Festungen gebracht sein. Man habe weiter geglaubt, daß der niedere Clerus dankbar die befreiende Hand des Cultusministers küssen würde und sich auch darin schwer getäuscht. So habe der Cultusminister und die Regierung Fehler auf Fehler gemacht und dadurch bewiesen, daß sie zu regieren nicht fähig seien; denn regieren heiße vorhersehen; wer das nicht könne, könne auch nicht regieren. Allerdings, meinte der Abg. Reichensperger, sei es wunderbar, daß so wenige aus dem niedern Clerus den Versuchungen erlegen seien, und es sei diese Thatsache ein erhebendes und beruhigendes Gefühl für die preußischen Katholiken; er habe immer die Ansicht gehabt, daß, wie die Apostel eine herrliche und unsterbliche Nachkommenschaft gehabt hätten, so auch der 12., der ein Verräther gewesen sei, eine gewisse Nachkommenschaft haben würde, und die preußischen Katholiken müßten stolz darauf sein, daß von ihrem Clerus so wenige zu dieser Nachkommenschaft des Judas gehörten. Auch diese Anspielung war verständlich und wurde verstanden, wie die Majorität durch ihre lebhafte Erregung zu erkennen gab. Dann betrachtete der Abgeordnete Reichensperger die Folgen der gegenwärtigen Kirchenpolitik. Bisher habe die Christenpflicht die Revolution zurückgehalten, aber Niemand könne dafür garantiren, daß die Christenpflicht die zu stark angespannten Leidenschaften werde im Zaume halten können; schon Luther habe gesagt, daß sich keine Regierung auf die Christenpflicht ihrer Unterthanen würde verlassen können, es würden sich immer getaufte Heiden genug finden, für welche die Christenpflicht keine Schranke sei. Diesen Ausspruch wandte der Redner auf die gegenwärtigen Verhältnisse an und fragte, ob wohl auch jetzt getaufte Heiden da wären, für welche die Christenpflicht keine Schranke sei. Die ausgezeichnete Rede Reichensperger's hatte einen entsprechenden Schluß. Die Regierung, sagte er, sei schon lange am Scheideweg angekommen, sie möge dem Staate noch einen Dienst erweisen, nämlich den, Se. Majestät zu bitten, ihr Nachfolger zu geben; nachdem sie die Ehrensäule der Religionsfreiheit umgeworfen, könne sie das Land nur dadurch vor Revolution retten, daß sie von der Bühne verschwinde. Von Seiten der Majorität war der Abg. Richter (Sangerhausen) bestimmt, Reichensperger zu antworten, ein evangelischer Prediger war designirt, um ein gegen die kathol. Kirche bestimmtes Gesetz zu vertheidigen. Der Abgeordnete Richter (Sangerhausen) ist immer eine mittelmäßige Kraft gewesen, heute schien er seinen Ruhm darin suchen zu wollen, daß er zum Lichte den Schatten gesellte. Er führte mit der Ausführlichkeit des evangelischen Predigers den Apostel Paulus im Briefe an die Römer in das Feld, um zu beweisen, daß man der Obrigkeit Gehorsam schuldig sei, weil sie eben die Dienerin Gottes sei, und schloß mit der bezeichnenden Aeußerung, daß seine Partei der Obrigkeit ein scharfes Schwert in die Hand zu geben Willens sei, damit sie alle Rebellen vernichten könne. Dann wurde durch Schlußantrag die Discussion abgeschnitten und es folgten sehr erregte persönliche Bemerkungen, wobei namentlich der Abgeordnete Reichensperger den Abgeordneten v. Rönne scharf zurechtwies. (K. V. Z.)

* **Berlin**, 7. Febr. Vom altkatholischen Telegraphen wird über die hiesige, gestern kurz angedeutete Protestantenversammlung zur Danksagung für das englische Protestantenmeeting weiter Folgendes mitgetheilt:

Der Vorsitzende, Professor Gneist, warf in einer Rede einen Rückblick auf die Geschichte des von dem großen protestantischen Geiste der Wahrheit, dem Geiste der bürgerlichen Freiheit und der Denkfreiheit geleiteten Englands, der England hoch erhoben, und demselben doch die Einfachheit der Sitten und die Gottesfurcht bewahrt und auch die schweren Kämpfe Deutschlands, speciell Preußens für die Gewissensfreiheit seit dem westfälischen Frieden bis heute geführt habe. Tiefer Sinn für Gewissensfreiheit und Gedankenfreiheit sei der deutschen und der englischen Nation gemeinsam, deßhalb die Erwiederung des Rufes: „Gott segne Kaiser Wilhelm!" durch den Zuruf: „Gott segne Alt-England, den sichersten Bundesgenossen in dem Kampf für bürgerliche Freiheit und Religionsfreiheit." Oberconsistorialrath Dorner hebt hervor, er nehme nicht das Wort in Parteilichkeit und Polemik einer Confession gegen die andere, er wolle nur als protestantischer Geistlicher bezeugen, daß der Staat der Herr sein müsse in seinem Hause. Er weist auf die Grenzen dieses Rechtes mit dem Worte des großen Kurfürsten hin: „Die Gewissen sind Gottes Redner." Er weist sodann nach, daß der jetzige Kampf die Religion und die Gewissen gar nicht berühre, die jetzigen preußischen Kirchengesetze hätten viel ausgedehnter schon längst in Württemberg gegolten. Was die Curie wolle, sei mit dem Geiste der Freiheit unverträglich. Ein Bekenntniß, das die Luft der Freiheit nicht vertrage, müsse sich vor sich selber schämen. [Würdevoller Toleranzprediger!] Redner hebt schließlich den Unterschied zwischen katholischer Christenheit und Ultramontanismus hervor. Der Reichstagsabgeordnete Völk (Augsburg) empfiehlt als Katholik und Süddeutscher die Resolution und leitet die Berechtigung dazu daraus her, daß 9000 katholische Männer ihn trotz seiner Anschauungen zum Reichstagsabgeordneten gewählt hätten [aber die 30 Andern aus Bayern!] und daß seit einem Jahrhundert schon in Bayern weit ausgedehnter und schärfer bezüglich des katholischen Clerus zu Recht bestehe, was jetzt in andern deutschen Ländern zum Gesetz erhoben werden solle. Redner weist nach, daß der jetzige Kampf lediglich eine Folge der Herrschsucht der Curie und eines politischen Systems innerhalb der katholischen Kirche sei und stellt dem von Gneist hervorgehobenen englischen und protestantischen Geist den germanischen entgegen, dessen Tochter die Reformation gewesen sei, die England und Deutschland an die Spitze der um die Freiheit ringenden Völker gestellt habe. Die bekannte Resolution wurde hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen. Dieselbe soll durch die deutsche Botschaft den Absendern der englischen Sympathie-Resolution zugestellt werden. Zur Unterzeichnung wird von der Versammlung eine Anzahl Personen auserwählt, darunter Graf Moltke, Dr. Simson, Fürst Hohenlohe, Graf Wrangel und Dr. Völk. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Kaiser um 8¾ Uhr geschlossen.

Posen, 8. Febr. Dem Erzbischof Ledochowsky ist nach Ostrowo eine Vorladung des Kreisgerichts Posen zum 24. Februar zur öffentlichen Verhandlung wegen Vergehens gegen die Maigesetze zugegangen.

Leipzig, 8. Febr. Joh. Jakoby hat das Reichstagsmandat abgelehnt.

Ausland.

Pest, 9. Febr. Die Idee der Auflösung des Parlamentes, schreibt die „ungarische Corr." scheint definitiv aufgegeben zu sein. Der Rücktritt des Ministeriums wird noch für einige Zeit aufgeschoben, da nicht nur, wie wir bereits erwähnten, die Reise des Kaisers (nach Petersburg) keinen passenden Moment für eine Cabinetskrisis bildet, sondern weil man auch die Resultate der Arbeiten der 21ger Commission abwarten will, um zu sehen, ob dieselben solcher Natur sein werden, die Bildung eines neuen Cabinets zu erleichtern, ja vielleicht zu indiciren. Vor der Hand gedenkt das Ministerium das Parlament mit derartigen Gesetzentwürfen zu beschäftigen, welche weder eine Cabinets- noch eine Parteifrage involviren. An diesbezüglichem Material fehlt es nicht, da eine ganze Reihe fertiger Entwürfe der parlamentarischen Behandlung harren.

St. Gallen, 8. Febr. In der Abstimmung über den sog. „Pfaffenartikel" siegten die Liberalen mit 20289 Stimmen gegen 16873 Stimmen der Ultramontanen.

☽ **Wiesloch**, 10. Febr. In Anklagesachen gegen Kaufmann J. Lindau wegen Beleidigung des gr. Amtsrichters Beck wurde der Angeklagte zu 40 Thalern und in die Kosten verurtheilt. Recurs ist angezeigt.

Erwiderung.

Die Bad. Landesztg. vom Freitag, den 6. d. M. enthält eine Correspondenz aus dem Amtsbezirk Buchen über die Reichstagswahlen. Der Unterzeichnete erklärt Alles, was dort über sein Auftreten bei der Wahl gesagt wird, für vollständige Unwahrheit:

1) Es ist unwahr, daß ich mit 30—40 überzeugungstreuen Katholiken wie ein Triumphator durch die Straßen gezogen bin. Ich bin ohne irgend eine Begleitung vom Pfarrhause auf das Rathhaus gegangen, um mein Wahlrecht auszuüben.

2) Es ist unwahr, daß ich die anwesenden Wähler umkreiste, um ihre Wahl zu beaufsichtigen; dafür kann ich sämmtliche Wähler als Zeugen anrufen.

3) Ich erkläre die Andeutung in dem Satze: „ob überhaupt die Rolle, welche der genannte Herr vor der Wahl spielte, gegenüber seinem H. Kollegen . . . eine taktvolle zu nennen sei . . .", so lange als Verläumdung, bis der Artikelschreiber auch nur einen Schatten von Beweis vorbringt.

Buchen, den 8. Februar 1874. Rinderle.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen: 2.2.

Frantz, Const., Bismarkianismus und Friedricianismus. 15 kr.

Frantz, Const., Was soll aus Elsaß-Lothringen werden? 15 kr.

Gerlach, v., Die Civilehe und der Reichskanzler. 42 kr.

Freiburg. Literarische Anstalt.

Verlag von Peter Brück in Luxemburg.

Staatsgefährliches.

Politische Volksbibliothek

herausgegeben von Fr. Dasbach in Trier.

1. Heft: a) Antwort des Abgeordneten Dr. Windthorst (Meppen) auf die Rede des Cultusministers Falk über die Kirchengesetze (vom 10. Dez. 1873). b) Antwort des Hochw. Herrn Erzbischofs von Posen-Gnesen auf die Aufforderung, sein Bischöfliches Amt niederzulegen.

24 Seiten in 12°. Ladenpreis 4 kr.; — Parthiepreis für 50 Ex. 2 fl. 42 kr. — 100 Ex. 5 fl. 6 kr.

Hofguts-Verpachtung.

Von einem 300 Morgen großen Hofgute im Oberrheinkreise werden auf kommendes Spätjahr

77 Morgen Ackerfeld, wovon 50 Morgen mit Luzerneklee angeblümt sind, sowie

42 Morgen Wiesen, pachtfrei, welche nebst den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden mit Gastwirthschaftsgerechtigkeit auf eine angemessene Reihe von Jahren in Zeitpacht

gegeben werden. Dabei wäre einem Pächter Gelegenheit geboten, das ganze Anwesen oder ein größerer Theil desselben allmählig in Bewirthschaftung zu nehmen.

Dieses Anwesen bildet ein vollständig arrondirtes Hofgut, liegt in der Nähe von Städten, an der Landstraße und 1 Stunde von der Eisenbahn entfernt, was insbesondere den Verkauf von Vieh, Früchten und Milch vorzugsweise erleichtert.

Etwaige Pachtliebhaber belieben sich an den Unterzeichneten zu wenden.

Freiburg, 3. Februar 1874.

Chr. Ruckmich, Verwalter, Merianstraße Nr. 6.

Buchhalterstelle-Gesuch.

Ein tüchtiger Buchhalter mit guten Zeugnissen und schöner Handschrift sucht per 1. Juni eine Stelle in einem Handlungshause. Adressen beliebe man unter Bezeichnung N. O. P. poste restante Karlsruhe einzusenden.

Interessante Broschüren

aus dem Verlage von Leo Tepe in Aachen.
Vorräthig in der Literarischen Anstalt in Freiburg.

Zwei Königreiche. Von einem Diplomaten. Preis 21 kr.

Gregor VII. Ein Geschichtsbild. Preis 12 kr.

Die Päpste. Eine historische Studie. Von J. V. de Groot. Preis fl. 1. 6 kr.

Fürst Bismarck und die Kirchengesetze. Von einem Patrioten. 2. Auflage. Preis 7 kr.

Bismarck wider Christus. Von einem Convertiten. 3. Aufl. Preis 6 kr.

Aus dem Gefängniß des Vatikans. Von Dr. H. Schaepmann. 2. Auflage. 7 kr.

Aus Vergangenheit und Zukunft der Kirche. Von Dr. H. Schaepmann. Preis 15 kr.

Für 6.6

die bevorstehende Fastenzeit!

empfiehlt unterfertigtes Institut und Kunstverlag:

Kreuzwege von fl. 125. an bis fl. 1200.

Außerdem: **Fahnen** und **Altargemälde, Statuen** für Prozessionen und zum Aufstellen.

Von den Kreuzwegen stehen stets Muster **franco** zu Diensten ohne Verbindlichkeit der Käufer.

Friedrich Gypen's

Kunstverlag und Institut für kirchliche Malerei in München.

Versandt von frischen und geräucherten

Wurstwaaren, Dürrfleisch, Schinken etc.

unter billigster Berechnung aus der

Wurstwaaren-Fabrik von **Karl Wipfler**

in **Karlsruhe,** Kronenstraße 33.

NB. Preiscourant auf Verlangen franco.

In Anfertigung folgender Drucksachen empfiehlt sich:

Visiten- & Adreß-Karten, Rechnungen & Facturen, Circulare, Preis-Courante, Statuten & Broschüren, Avisbriefe, Wechselformulare etc.

Lager in Wein-Etiquetten Wein- & Speisekarten.

Leopold Schweiß
BUCHDRUCKEREI
Expedition des **„Bad. Beobachters"** in **Karlsruhe** Adlerstraße Nr. 20.
Expedition des **„Pfälzer Boten"** in **Heidelberg.**

Sämmtliche Impressen für Bürgermeisterämter und Gemeindsrechner. Für kathol. Pfarrämter und Stiftungsverwaltungen.

Fahrpostbegleit- und Eisenbahnfrachtbriefe.

Impressen für Gerichtsvollzieher, Gefangenwärter & Fahrpostconducteure.

Hofguts-Verpachtung. 3.1

Das Freiherrlich v. Bodmann'sche Hofgut „Bodenwald" im Flächengehalt von 11 Morgen Gärten
120 „ gutes Ackerfeld
15 „ Waidfeld
34 „ Wiesen
nebst schönem geräumigem Wohnhaus und großem Oeconomiegebäude soll auf weitere 12 Jahre verpachtet werden.

Pachtliebhaber werden eingeladen, ihre Angebote bis längstens 1. März d. J. auf diesseitiger Kanzlei einzureichen, woselbst auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können.

Bodmann, den 7. Februar 1874.

Freiherrlich v. Bodmann'sches Rentamt.

Farbige Lichtbilder (Diaphanie), sehr schön, religiöse Scenen und Landschaften darstellend, mit genauer Anleitung der Aufbringung auf Glas zu 48 kr.

Großes Format zum Einsetzen in Fenster für kleinere Kirchen billigst.

Keine Vorausbezahlung. Nichtconvenirendes zurückgenommen. Fertige Bilder mit hübschverzierten Rähmchen 1 fl. 42 kr. L. M. 207 Ueberlingen a. B. 3.2.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, 10. Febr. Erstes Quartal. 23. Abonnements-Vorstellung. Zum 1. Male: **Der Elephant.** Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 11. Febr. Zum 1. Male: **Der Elephant.** Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Anfang 1/2 7 Uhr.

Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

anfangend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt, Baden, Freiburg ꝛc.:
1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).

Nach Bruchsal und Heidelberg ꝛc.:
7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55. 3.25*. 8.40. 2.40*.

Nach Pforzheim (Mühlacker):
7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.

Von Pforzheim nach Karlsruhe:
5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29* 4.48. 9.10.

Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
6.10. 9.30. 2. 7.15.

Von Mannheim nach Karlsruhe:
5.50. 10.35. 2.30. 6.45.

Nach Maxau:
6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.

* Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 9. Februar.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig.	105⅝ G
4½% do.	— G
4% do.	— P
Baden 5% Obligationen	104⅜ b
4½% do.	101¼ P
4% do.	97¼ G
3½% do. v. 1842	92⅛ P
Bayern 4½% Obl. 1856 8J. ½jähr.	101¾ G
4½% „ (Zins 1jähr.)	101¼ G
4% „ „ 1jähr.	97⅜ b
Württemberg 5% Obligationen	104⅞ G
4½% „	101⅜ b
4% „	97⅝ P
Nassau 4½% Obligationen	98⅞ G
3%½ do.	92¾ G
Sachsen 5% do.	105⅜ G
Gotha 5% do.	— P
Gr. Hessen 5% do.	99¾ G
4% do.	— G
Oesterr. 5% Silberrente Z. 4½%	60 G
4% Papierrente Z. 4½%	61⅛ G
do. do.	61⅝ G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	73⅜ G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	94½ b

Rußland 5% Obligationen v. 1872	94½ G
Belgien 4½% Obligationen	— G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98¾ b
Schweiz 4½% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	— G
4½% Berner Obligationen	98⅜ b
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	98⅞ G
6% „ 1885r v. 1865	101 G
5% „ 1904r 10/40 1864	97¼ G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17⅜ G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	— G
do. leere.	— b
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	111¾ G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	146½ P
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	387 G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1011 G
5% do. Creditactien, fl. 160	244 G
Stuttgarter Bank	93 b
5% Elisabethbahn, fl. 200	218½ G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	161 G
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	182 b
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	113½ P
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	146⅙ b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	340 b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86½ b
3% do. do.	49⅞ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	85¾ G
5% do. do. 2. Emiss.	84¾ G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	84½ G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	62 G
5% Hessische Ludwigsbahn	103¾ G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	104½ G
6% Central Pacific, rückz. 1898	— b
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	67 G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	50 G
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	— G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	115¼ G
Badische 35-fl.-Loose	70½ b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22½ G
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	— G
„ 25-fl.-Loose	60¼ b
Kurhessische 40-Thaler-Loose	— P
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— P
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	— P
„ 5% 500 do. do. 1860	92 G
„ 100-fl.-Loose do. 1864	158¼ P
Schwedische 10-Thaler-Loose	15½ P

Finnländer 10-Thlr.-Loose	9⅞ G
Meininger 7-fl.-Loose	7⅞ b
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	99½ G
Augsburg „	100 P
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅛ P
Brüssel „	93⅝ b
Hamburg „	105⅝ P
Leipzig „	105 P
London „	118½ b
Mailand „	— b
Paris „	93⅞ P
Wien „	103¾ G
Gold und Silber.	
Pr. Friedrichsd'or	fl. 9. 57—58
Pistolen	„ 9. 38 40
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 52—54
Ducaten	„ 5. 30—32
20-Frankenstücke	„ 9. 31—28
Engl. Sovereigns	„ 11. 47- 49
Russ. Imperiales	„ 9. 40—42
Dollars in Gold	„ 2. 24½-25½

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg